

**Antrag 108/II/2021 Jusos LDK
Lieber VBB statt Paigo.de**

Beschluss: Beschluss des Parteitages

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und im Abgeordnetenhaus sind aufgefordert auf die Umsetzung der folgenden Punkte hinzuwirken:

1. Dem VBB zu untersagen mit privaten Inkassounternehmen, wie Paigo.de zusammenzuarbeiten, also das Eintreiben des erhöhten Beförderungsentgelts zu privatisieren. In dem Zuge sind Inkassogebühren auf das notwendige Minimum zu reduzieren und transparent in der allgemeinen Beförderungsbedingung zu regeln.
2. Einen Verhaltenskodex für Kontrolleur*innen zu erarbeiten und durchzusetzen und das Outsourcing der Fahrscheinkontrollen zu beenden.

Überweisen an

AH Fraktion, Senat

Stellungnahme(n)

Stellungnahme Senat 2024:

Zu diesem Antrag kann keine Stellungnahme seitens des Senats abgegeben werden, da dieser keinem SPD-geführten Ressort zuzuordnen ist.

Stellungnahme AH-Fraktion 2024:

Das Anliegen ist weiterhin in Bearbeitung. Aus einer schriftlichen Anfrage vom Oktober 2023 (19/16895) wird ersichtlich, dass die BVG ihre Finanzdienstleistungen im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung und einem entsprechenden Vergabeverfahren an einen Finanzdienstleister vergeben hat, der auch Mahn- und Inkassogebühren erhebt. Im Jahr 2024 soll nach einer neuen EU-weiten Ausschreibung der Zahlungsdienstleister gewechselt werden. Dabei wird festgelegt, dass für die Zahlungserinnerung den BVG-Nutzerinnen und Nutzern keine Gebühren in Rechnung gestellt und die Mahngebühren auf pauschal 1,50 Euro reduziert werden. Die SPD-Fraktion wird das exekutive Handeln des Senats in dieser Frage weiterhin kritisch-konstruktiv begleiten.